

Frondel, Manuel

Research Report

Verkehrswende: Busstreifen okay, höhere Parkkosten nicht

RWI Impact Notes

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Frondel, Manuel (2019) : Verkehrswende: Busstreifen okay, höhere Parkkosten nicht, RWI Impact Notes, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/216892>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Verkehrswende: Busstreifen okay, höhere Parkkosten nicht

RWI-Studie zeigt: Bevölkerung hat differenzierte Meinung zu verkehrspolitischen Maßnahmen.

Laut einer neuen RWI-Studie sorgen sich rund drei Viertel der Befragten, dass der Autoverkehr in Innenstädten bald zum Erliegen kommt. Bei den möglichen Lösungen gehen die Meinungen auseinander: Eine Mehrheit spricht sich für autofreie Busspuren aus, rund die Hälfte befürwortet Fahrverbote für Autos, die Grenzwerte überschreiten. Autofreie Innenstädte und höhere Kosten für das Parken in Städten lehnen die meisten dagegen ab.

Förderung: Stiftung Mercator im Rahmen des Projekts „Mobilitätsdaten für die Verkehrswende“

Kontakt: Prof. Dr. Manuel Frondel, ✉ frondel@rwi-essen.de

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Gegen reservierte Fahrstreifen für Busse und Bahnen auf staubelasteten Straßen hat fast niemand etwas – knapp 70 Prozent sprechen sich dafür aus. Knapp die Hälfte befürwortet Fahrverbote für Autos, die Grenzwerte überschreiten.

Radikalere Vorschläge wie autofreie Innenstädte oder einen Zulassungsstopp für Verbrenner ab 2035 lehnt eine große Mehrheit ab.

Höhere Parkgebühren in Innenstädten halten nur knapp 21 Prozent für eine gute Lösung – obwohl sie ökonomisch sinnvoll wären.

Spielt Verkehrspolitik für die Menschen überhaupt eine Rolle?

Zusammen mit dem Umfrageinstitut forsa hat das RWI im vergangenen Jahr knapp 7.000 Haushalte in Deutschland befragt. Die RWI-Forscher wollten zum einen wissen, wie die Deutschen zur Mobilität stehen und wie viele Sorgen sie sich um damit verbundene Probleme wie Staus und Luftverschmutzung machen. Zum anderen ging es darum, wie diese Probleme gelöst werden können: Die Befragten sollten mögliche verkehrspolitische Maßnahmen bewerten. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass Mobilität und deren Zukunft die Deutschen sehr beschäftigt. So sind über 82 Prozent der Befragten besorgt, dass Pendeln immer mehr Zeit in Anspruch nehmen wird. Knapp 80 Prozent fürchten, dass die Luftverschmutzung in Städten durch den Autoverkehr immer schlimmer wird.

Welche verkehrspolitischen Maßnahmen unterstützen die Deutschen und welche nicht?

Dass sich etwas ändern muss, darin sind sich die Bürgerinnen und Bürger offenbar einig. Nur was genau sollte geändert werden? Und vor allem: wie? Hier zeigen sich die Befragten gespalten: Gegen Fahrstreifen für Busse und Bahnen auf staubelas-

teten Straßen hat fast niemand etwas – knapp 70 Prozent sprechen sich dafür aus, 21 Prozent sind indifferent. Auch einen Ausbau der Infrastruktur für Elektromobilität befürworten die meisten. Radikalere Vorschläge wie autofreie Innenstädte oder einen Zulassungsstopp für Verbrenner ab 2035 finden allerdings keine Mehrheit. Sehr ablehnend erweisen sich die Deutschen, wenn es um das eigene Portemonnaie geht: Höhere Kosten für das Parken in Innenstädten lehnen über die Hälfte der Befragten ab.

Wieso sind höhere Parkgebühren ökonomisch sinnvoll?

Angemessene Parkgebühren wären aus ökonomischer Sicht die effizienteste Lösung, das Parkproblem in Innenstädten in den Griff zu bekommen. Damit würden nur noch diejenigen in den vollen Innenstädten parken, denen der Parkplatz sehr viel wert ist – etwa, weil sie keine andere Möglichkeit haben, in die Stadt zu kommen, oder dringend etwas besorgen müssen. Andere würden auf günstigere Alternativen wie das Fahrrad oder den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) umsteigen – und damit das Problem über eine geringere Nachfrage lösen.

Maßnahmen der Verkehrswende spalten die Befragten

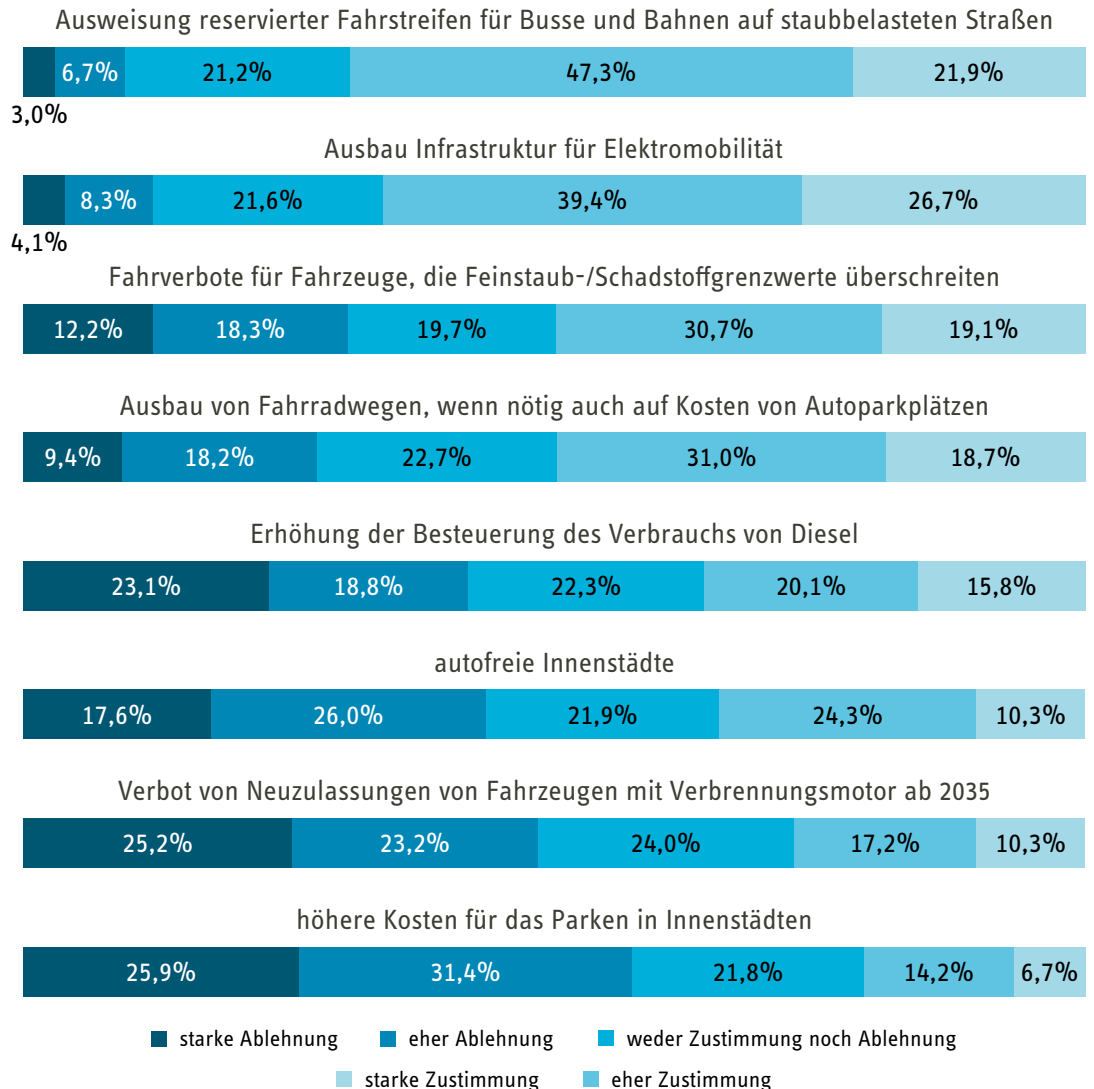


Abbildung 1: Antworten auf die Frage „Derzeit wird in Deutschland über verschiedene Maßnahmen diskutiert. Bitte markieren Sie, inwieweit Sie persönlich die folgenden Maßnahmen ablehnen oder befürworten.“, absteigend geordnet nach Zustimmung. Antwortmöglichkeiten: 1 – starke Ablehnung, 2 – eher Ablehnung, 3 – weder Zustimmung noch Ablehnung, 4 – eher Zustimmung, 5 – starke Zustimmung.

Quelle: RWI

Herausgeber:

RWI - Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstr. 1-3
45128 Essen/Germany
Fon: +49 (0) 201-8149-0

Redaktion:
Katja Fels
Julian Rodemann

Layout und Design:
Daniela Schwindt
Magdalena Franke
Sarah Rühl

© RWI Mai 2019

Handlungsempfehlungen

- i Die Verkehrswende ist nicht kostenlos. Um sie effizient zu meistern, werden die Nutzer sie mitfinanzieren müssen, wie das Beispiel der Parkgebühren verdeutlicht. Die RWI-Studie zeigt: Die Mehrheit möchte das nicht. Hier müssen Politiker deutlich mehr Überzeugungsarbeit leisten.
- i Die Mehrheit wünscht sich mehr Fahrstreifen für Bus und Bahn sowie mehr Ladesäulen für E-Autos. Hier müssen sowohl die Unternehmen als auch die Kommunen liefern – Bund und Länder sollten sie dabei unterstützen.